Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 158 (1992)

Heft: 9

Artikel: Nachrichtendienste im Wandel. Teil 1, Die Dienste des Westens

Autor: Baud, Jacques F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-61774

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurz und bündig

Auch die gegenwärtig zu diagnostizierende, nur begrenzte Einsatznähe der Ausbildung in der Bundeswehr verändert sich im Zuge der anlaufenden Umstrukturierungen nicht automatisch zum Besseren. Das liegt zunächst einmal daran, dass ein Teil der militärischen Führer den Sachverhalt schlicht bestreitet und die Ausbildung in der Bundeswehr für voll angemessen erklärt. Einerseits die allzu Bequemen, die den hohen Anforderungen und Risiken, die mit einer anspruchsvollen praktischen Ausbildung verbunden sind, ausweichen wollen; andererseits die fahrlässig Unwissenden, die, obwohl militärische Profis, keinerlei Vorstellung vom Ernstfall, dem Krieg, haben und daher auch unfähig sind, die Effektivitätskriterien und Überlebensbedingungen für diese kritischste aller Lebenssituationen zu vermitteln.

Hans Rühle, früherer Planungschef im Bonner Verteidigungsministerium

Die Welt in Europa ist wie ein riesiger Kessel mit hochexplosiven Gemischen. Die neue Ära kann gefährlicher werden als der Kalte Krieg.

Văclav Havel, zurückgetretener tschechoslowakischer Präsident

Wenn wir aufhören zu kämpfen, werden wir alle getötet.

Radovan Karadzic, Serbenführer in Bosnien-Herzegowina

Der endgültige Sieg steht bevor. Radio Belgrad zur serbischen Offensive in Bosnien-Herzegowina

Es gibt kein einziges Land der Region, dessen Bevölkerung nicht schlechter lebt als früher. Die Angst vor lokalen Kriegen, vor Arbeitslosigkeit, Kriminalität und mafioser Durchdringung der Gesellschaft betäubt die Bürger. Die massierte Konzentration der Waffen, die chaotischen inneren Verhältnisse und die daraus resultierende Angst können den Zündstoff für eine Explosion oder für eine auf alle Nachbarn übergreifende Krise liefern. Jugoslawien ist nur das bislang schlimmste Beispiel überall drohender Gefahren.

Gyula Horn, ehemaliger ungarischer Aussenminister, Vorsitzender der aus der KP hervorgegangenen SP Ungarns

Hier entsteht ein Zentrum des Drogenhandels und des internationalen Terrorismus

Pir Gailani, Aussenminister der afghanischen Übergangsregierung

Ob in grünen, sozialdemokratischen oder kirchlichen Kreisen: Die Einsicht, dass die Strategie der Gewaltfreiheit angesichts mordgieriger Söldner und Heckenschützen nicht nur unrealistisch ist, sondern – als unterlassene Hilfeleistung für unschuldige Zivilisten – auch moralisch unhaltbar sein kann, verunsichert die gesamte Friedensbewegung.

ZEIT-Bericht über eine Tagung deutscher Friedensforscher

Nachrichtendienste im Wandel

Teil 1: Die Dienste des Westens

Jacques F. Baud

Um Konflikte bekämpfen zu können, braucht es eine Früherkennung. Dies wiederum verlangt nach präzisen Nachrichten über die Faktoren, die zum Konflikt führen können. Nachrichtendienste sollen nicht nur militärische Daten erfassen. Sie sollen auch über Entwicklungen der Politik, der Wirtschaft, der Ökologie, der ethnischen Zusammensetzungen, der Kultur, der Tradition, der Geschichte und der Soziologie berichten. Wesentlich ist es, die Erkenntnisse zu vernetzen und mögliche Szenarien aufzubauen

Wir haben die andere Seite transparent gemacht ... Darin bestand ein gewisses friedenserhaltendes Element. Markus Wolf.

Chef der Hauptverwaltung Aufklärung Ministerium für Staatssicherheit

Rolle und Funktionieren der Nachrichtendienste

Die Nachrichtendienste (ND) haben die Aufgabe, Informationen (Nachrichten) zu suchen und zu sammeln, sie auszuwerten und sie in notwendige Erkenntnisse zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führung eines Staates umzuwandeln. Dieser Prozess, bekannt unter dem Konzept vom «Nachrichtenzyklus», bestimmt die Struktur und das Funktionieren eines Nachrichtendienstes.

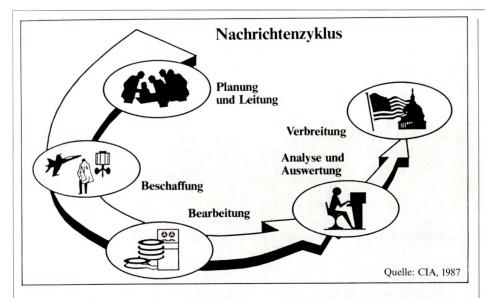
Die Beschaffung der Information für die Auswertungsorgane verwirklicht sich in Abhängigkeit einer Planung von Prioritäten und von besonderen Bedürfnissen. Sie benutzt Quellen: Informanten (legale oder illegale, ständige oder gelegentliche Agenten), ausländische ND, technische Beschaffungsmittel (elektronische Aufklärung, Satelliten usw.) und, hauptsächlich, die Presse.

Die klassifizierten Quellen (ausländische Dienste, technische Beschaffungsmittel) liefern 10 bis 20% der Informationen eines grossen ND (USA, BRD) – und 20 bis 30% eines kleinen Dienstes. Von diesen stammen 90 bis 95% aus den technischen Beschaffungsmitteln, über welche nur die grossen Dienste verfügen. Der Rest der Information (70 bis 90%) stammt aus «offenen» Quellen her (Presse usw.).

Die Information wird dann den Auswertungsorganen abgeliefert. Letztere bewerten, analysieren, vergleichen, lassen die erlangte Informa-



Jacques F. Baud, Lic. ès Sciences Economiques; Sektionschef GRD; Mitglied des International Institute for Strategic Studies (IISS), London; Major i Gst, Kdt bat chars 15.



tion durch verschiedene Quellen (Vergleichung) bestätigen und erzeugen daraus eine Synthese, welche zur nachrichtendienstlichen Erkenntnis wird. Diese Arbeit erfordert eine genaue Begutachtung durch Sachverständige, bei welcher die Erfahrung, die intellektuelle Genauigkeit und die Intuition kombiniert werden.

Diese nachrichtendienstliche Erkenntnis kann dann an die «Kunden» weitergegeben werden: an die führenden politischen Organe und das militärische Oberkommando.

Die ND haben zwei Arten von Nachrichten zu liefern: an die aktuelle Situation gebundene Nachrichten (Warnungen) und auf Grundlagen basierenden Informationen. Erstere werden sehr kurzfristig und mit einem häufig abgekürzten Auswertungsverfahren erteilt. Diejenigen der zweiten Art hingegen, welche sich auf die Mittel- und Langzeitfristigkeit beziehen, können Gegenstand einer tiefgründigeren Auswertung sein.

In der Regel sind die Warnungen allgemein – und ihrem Wesen zufolge – nicht sehr präzise und weniger zuverlässig und stimmen eher mit der Information als mit der nachrichtendienstlichen Erkenntnis überein. Sie stellen für alle ND ein Problem dar. Ihre Zuverlässigkeit könnte durch die Anwendung von schnellen und leistungsfähigen analytischen Hilfsmitteln, welche unglücklicherweise meistens völlig ignoriert werden, auf bedeutsame Weise verbessert werden.

Im Gegensatz zu den von der Presse gelieferten Informationen haben die von einem ND erteilten Auskünfte die Auslösung einer politischen, diplomatischen, militärischen oder anderen Reaktion zum Ziel. Die ND sind folglich zur Vorsicht gezwungen. Sie sind Bürgen eines gewissen Zusammenhangs in der politischen und militärischen Führung des Staates und können nicht, noch sollten sie, der Polemik nachgeben, wie dies die Presse tun kann. Die Aufgabe der ND ist weniger das Voraussagen als das Voraussehen von verschiedenen Optionen.

Die bedeutendsten Gefahren, welche die Analysen der ND beeinträchtigen, sind:

Die «administrative Vorsicht», welche zum Nutzen der Richtigkeit die Präzision unterdrückt. Dieses Phänomen ist durch General Schwarzkopf während des Golfkrieges hervorgehoben worden: Die Analysen der höheren Stufe «waren so vorsichtig, so sehr mit Anmerkungen versehen und so sehr abgeschwächt (...), dass, was sich auch immer ereignet hätte, sie korrekt gewesen wären... und dies ist den Burschen auf dem Feld nicht sehr dienlich».

Das «Rufe-Wolf-Syndrom» welches die Gefahr verharmlost, wenn diese zu oft angekündigt wird.

■ Die Glaubwürdigkeit der Analysen, welche oft nur dann akzeptiert werden, wenn sie eine «offizielle Ansicht» bestätigen.

Es war die Kombination der beiden letztgenannten Elemente, welche bewirkt hat, dass die Warnung, abgegeben durch die CIA in ihrem National Intelligence Daily vom 17.8.1991 betreffend eines Putschs gegen Gorbatschow, ignoriert worden war, weil sie den Ansichten des Weissen Hauses und des State Department widersprachen und weil ein solcher Staatsstreich schon mehrmals angekündigt worden war.

Um das Ereignis direkt zu beeinflussen, haben sich zahlreiche Länder mit **Spezialdiensten** ausgestattet. Die Spezialdienste sind eng verbunden mit dem Konzept der Untergrundaktionen (in den USA: «special activities»), dem in der Schweiz nichts Gleichwertiges gegenübersteht. Die Verantwortung für diese Handlungen wird in den USA von der CIA übernommen, in Frankreich von der DGSE, in Grossbritannien vom MI-6/SIS und in Israel vom Mossad.

Die bekanntesten westlichen Untergrundaktionen sind unter anderem: Die Unterstützung der «Christ-Demokraten» an den italienischen Wahlen von 1948, die Gründung der Arbeitergewerkschaft «Force Ouvrière» in Frankreich (1948), der Umsturz des Dr. Mossadegh im Iran (1953).

Weniger bekannt sind westliche Unterstützungen an Guerrillas und aufständische Bewegungen in der UdSSR (Ukraine, baltische Länder usw.), in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei, in Rumänien und in Albanien zwischen 1948 und 1954 durch den Einsatz von französischen und britischen Agenten.

Diese romanhaften und manchmal spektakulären Aspekte sollten den wesentlichen Auftrag der ND nicht verschleiern: die Verlängerung der Vorwarn- und Warnzeiten sowie die Vorbeugung von Krisen. Das Budget der CIA beispielsweise für Untergrundaktionen wird auf nur 3% seines Gesamtbudgets geschätzt.

Wesen der Krise

Die Krise der westlichen ND ergibt sich aus dem Zusammentreffen von mehreren Krisen auf verschiedenen Stufen.

Es handelt sich in erster Linie um eine Krise der Glaubwürdigkeit, welche teilweise von der traditionell konservativen Einstellung der ND abstammt. Zum Beispiel, als man die Öffnung der Politik von Michael Gorbatschow bereits seit 1987-88 erahnen konnte, fuhren die ND fort, sehr konservative Analysen über die Situation im Osten hervorzubringen. Die ND haben sich im Dilemma befunden, das Bild einer militärischen Bedrohung im Osten – als «worst case» aufrechtzuerhalten, obgleich sie feststellten, dass das Wesen dieser militärischen Bedrohung nicht mehr den Befürchtungen der Vergangenheit entsprach. Bereits seit 1986 konnte die bevölkerungsstatistische Entwicklung in Osteuropa Reduzierungen der Truppenstärken in den Armeekräften des Warschauer Vertrags voraussehen lassen – welche erst im Dezember 1988 offiziell angekündigt wurden.

Seit 1989 hat ausserdem die chaoti-

sche Situation in Osteuropa praktisch jegliche zweckmässige Analyse der Ereignisse ausgeschlossen. So auch über Jugoslawien, ob dessen Beispiel die Presse die Unzulänglichkeiten der westlichen ND hervorgehoben hat, besonders der schweizerischen und deutschen.

Es handelt sich ebenso um eine Vertrauenskrise, hervorgerufen durch die ans Tageslicht gebrachten Aktivitäten der Sicherheitsdienste in Osteuropa. Diese Vertrauenskrise ist zusätzlich durch einen Mangel an Transparenz im Westen und durch gewisse Inkompetenzen vergrössert worden.

Die Identitätskrise der ND ist schliesslich die Konsequenz des progressiven Verschwindens einer objektiven militärischen Bedrohung vom Ostblock mit einer daraus folgenden Desorientierung der Beschaffungs-

und Auswertungsorgane.

Die Gesamtheit dieser Krisen hat sich in einer strukturellen Krise kristallisiert, was zur Zeit des Golfkrieges ins Licht gerückt wurde: Auf die Bedrohung durch die Sowjetunion und des Warschauer Paktes fixiert, hatten die ND eine funktionelle Struktur, welche hauptsächlich auf dieser Bedrohung basierte. Der Golfkrieg hat gezeigt, dass diese zu grosse Spezialisierung a) das Erkennen der wirklichen Probleme im Mittleren Osten und b) das Entfalten von Nachrichtenmitteln in ausreichender Menge, um den Golf-Konflikt zu decken, behindert hatte.

Die westlichen ND haben sich also im Zentrum von sich widersprechenden Polemiken befunden. Einerseits forderte man eine Reduzierung ihrer Mittel und Kompetenzen, und andererseits warf man ihnen ihr Unvermögen vor, Ereignisse vorauszusehen, welche die Geschichte geprägt haben.

Schwächen

Organisiert und funktionierend in Hinsicht auf das Vorbeugen von höheren Konfrontationen auf dem europäischen Schauplatz, mit dem Warschauer Pakt als wesentlichem Ziel, haben sich bei westlichen ND während des kalten Krieges einige wichtige Schwächen angehäuft:

■ Die Ereignisse, welche sich auf den Nebenschauplätzen abspielten (Afrika, Asien), waren vorwiegend aus der Sicht der Ost-West-Konfrontation wahrgenommen worden.

■ Die Strukturen der Beschaffungsund Auswertungsorgane waren in den militärischen und technologischen Bereichen sehr spezialisiert, aber die Nachrichten wiesen in anderen Bereichen (Bevölkerungsstatistik, Wirtschaft, Industriepotential, Kultur, usw.) oft wichtige Lücken auf.

■ Die Ereignisse waren mit Hilfe von historischen Beispielen erklärt worden – jedoch nicht immer vorausgesehen. Hinter diesem Verfahren verbarg sich oft ein Mangel an Informationen und/oder eine analytische Schwäche, ja sogar eine gewisse «intellektuelle Faulheit».

So hat beispielsweise die Invasion von Afghanistan einige westliche ND überrascht, obwohl der Mechanismus ihrer Vorbereitungen beinahe identisch mit der Invasion von der Tschechoslowakei gewesen war, wie man aufzeigen konnte ... später.

Zu sehr von der Logik des westlichen und sowjetischen Denkens durchtränkt, ist es für gewisse westliche ND schwierig, anderes Gedankengut einzubeziehen, besonders das arabische und islamische. Ein National Intelligence Estimate der amerikanischen ND, Ende 1989 publiziert, liess zum Beispiel sehr wohl erkennen, dass Saddam Hussein die Beherrschung der Golfregion zum Ziele hatte, dass es jedoch eher unwahrscheinlich sei, dass er, aufgrund des Zustandes der irakischen Wirtschaft nach 8 Jahren Krieg mit dem Iran, Gewalt anwenden würde. Später, 21.12.1990, im Mittelpunkt der Krise, war ein Special National Intelligence Estimate der Auffassung, dass sich Saddam Hussein vor dem Ablauf des UNO-Ultimatums, am 15.1.1991, aus Kuwait zurückziehen würde, wenn er sich der Schlagkraft der westlichen Koalition bewusst werden würde. Man hatte also falsch - oder nicht verstanden, dass Saddam Hussein seine Abschätzungen vielmehr auf die Durchschlagskraft seiner eigenen Macht als auf diejenige seiner Gegner stützte. Ausser der Tatsache selbst, dass der Alarm nicht rechtzeitig ausgelöst werden konnte, ist die Unangemessenheit der intellektuellen Überlegungen besorgniserregend. Dieses Phänomen ist teilweise an das Problem der Anwerbung von Analytikern gebunden. Die von der Privatindustrie angebotenen Gehälter und die mit den Berufen der Aufklärung eng verbundenen Unannehmlichkeiten halten die potentiellen Spezialisten von den ND fern. In allen Ländern versucht man gegenwärtig die Berufe der Aufklärung durch den Beitrag von Experten in Sozialwissenschaften, in der Technologie usw. aufzuwerten, besonders in den USA und in Frankreich.

Der Golfkrieg hat in allen Ländern die Schwierigkeiten, welche dem Bereich der operativen Nachricht unterlagen, brutal veranschaulicht:

■ Die Unfähigkeit, in Kürze einen ND aufzubauen, welcher den Notwendigkeiten einer spezifischen Situation entspricht.

■ Die extreme Abhängigkeit der verbündeten ND gegenüber amerikanischen Quellen.

Herausforderungen

Mit dem Verschwinden des Warschauer Vertrages hat sich die Verteidigung von Westeuropa mit einem neuen Gürtel von Ländern bereichert, welche, ohne formell Alliierte zu sein, zumindest zu einer gewissen Neutralität geneigt sind. Daraus resultiert eine wesentliche Verlängerung der Warnund Vorwarnzeiten, festgesetzte Priorität der westlichen ND während des kalten Krieges. So müssen die Prioritäten der ND, im einzigen militärischen Bereich, neu abgestuft werden.

Die militärischen Bedrohungen haben eine niedrigere Priorität erworben, während andere Bedrohungsformen (Drogen- und Waffenhandel, Verbreitung von Atomwaffen, organisiertes Verbrechen usw.) unmittelbarer und wahrscheinlicher geworden sind. Nun aber weisen diese «neuen» Bedrohungen komplexe und interdisziplinäre Zusammenhänge auf, welche den militärischen Bereich verlassen und von seiten der ND neue Beschaffungsstrukturen, analytische Hilfsmittel und eine vertiefte internationale Zusammenarbeit erfordern. Diese Entwicklung hat sich in der Gruppe von Schengen (gegen das organisierte Verbrechen) und der Gruppe von Trevi (gegen den Terrorismus) sowie mit dem Beginn der Zusammenarbeit zwischen Ostblock-ND und westlichen ND seit 1989 konkretisiert.

In der NATO wird der Austausch von Nachrichten durch verschiedene Abkommen geregelt. Im Krisenfall könnten jedoch kleine, neutrale Staaten, welche keiner militärischen Allianz angehören, Probleme haben.

Das Conflict Prevention Center, im Rahmen der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auf die Beine gestellt, ist eine interessante Annäherung, um eine internationale Überwachung von Konfliktgefahren einzurichten. Es ist kein ND, illustriert jedoch eine neue Aufgabe für die ND: die Überwachung von Abrüstungsabkommen.

Im übrigen hat der «Schattenkrieg» nicht aufgehört und hat mit einem Schwergewicht auf der Erwerbung von Technologie und wirtschaftlichen Nachrichten durch westliche und östliche ND sogar zugenommen.

Situation in den westlichen Ländern

Belgien

Es ist vor allem der militärische ND, der Service Général de Renseignements (SGR), welcher durch die Affäre der «stay-behind»-Netze betroffen gewesen ist. Seit einigen Jahren jedoch sind die ND als Ganzes Gegenstand von wiederholten Verdächtigungen, was die Verbindungen zwischen den ND und den «Tueurs du Brabant», die Manipulierung der Presse und der terroristischen Gruppe der «Cellules Communistes Combattantes» anbelangt.

Deutschland

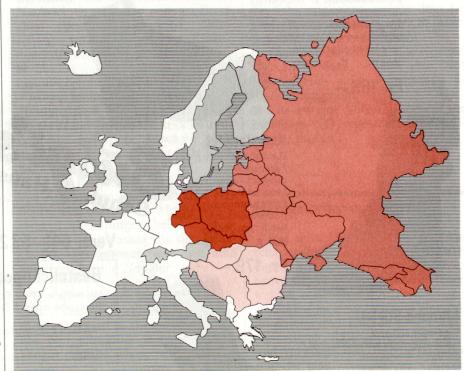
Die BRD verfügt über zwei Haupt-Nachrichtendienste: der Bundesnachrichtendienst (BND) - verantwortlich für die auswärtigen Nachrichten - und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) - verantwortlich für die Gegenspionage und die Sicherheit. Diese beiden Dienste stehen in ihrer bedeutendsten Krise seit dem Kriegsende. Die Enthüllungen, welche aus den Akten des untergegangenen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS oder Stasi) der DDR gemacht wurden, haben den BND und das BfV stark beschmutzt. Dies, indem einige ihrer Aktivitäten und ihre Durchlässigkeit gegenüber Agenten der Ex-DDR, welche gemäss BfV auf 1 Prozent geschätzt wird, ans Tageslicht gebracht wurden.

Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung hat zur Folge gehabt, dass die Kompetenzen zur Überwachung der Ex-DDR vom BND auf das BfV übertragen wurden. Daraus hat einerseits ein Abbau des Personalbestandes des BND von ungefähr 10 Prozent (700 Personen) und andererseits eine Nachrichtensperre von Informationen, welche die DDR betreffen, nach aussen resultiert.

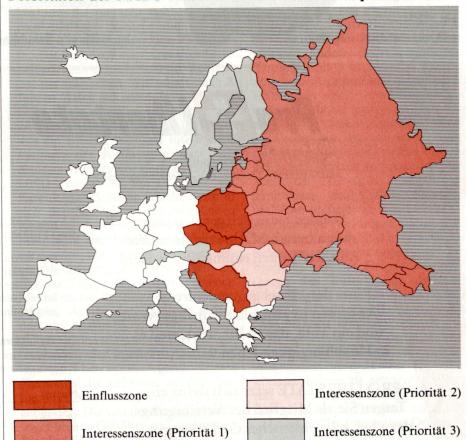
Frankreich

Die französischen Haupt-Nachrichtendienste sind die **Direction**

Prioritäten der NATO-Nachrichtendienste in Europa vor 1991



Prioritäten der NATO-Nachrichtendienste in Europa nach 1991



Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE) – verantwortlich für die auswärtigen Nachrichten – und die Direction de la Sécurité du Territoire (DST) – verantwortlich für die Gegenspionage und die Sicherheit des

Innern. Sie arbeiten mit dem Renseignements Généraux (RG) zusammen, welches ein Überwachungsorgan der französischen Polizei ist.

Die Krise der französischen ND hat unmittelbar nach der «Rainbow Warrior»-Affäre, 1985 bis 1986, angefangen. Die Aufeinanderfolge von verschiedenen Regierungen hat bedeutende Änderungen, mehr die Personen als die Strukturen betreffend, heraufbeschworen. So ist die DGSE, seit der Ernennung seines *Generaldirektors Claude Silberzahn* (März 1989), reichlich mit zivilem Kader ausgestattet worden.

Die Wieder-Infragestellung der Karteien der RG durch die Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés vor der Nationalversammlung, Ende 1990, ist nicht neu. Die aufgegliederten französischen ND haben es hingegen erlaubt, die DGSE – und folglich das Verteidigungsministerium – vom «Skandal» der Karteien zu verschonen.

Der Golfkrieg aber hat auch die Schwächen der französischen Nachrichtenerstattung hervorgehoben. Die durch Verteidigungsminister Pierre Joxe vorbeugend dargelegte Selbstkritik hat am Ende des Golfkrieges erlaubt, das den ND eingeräumte Budget zu erhöhen, besonders für den Satelliten HELIOS und die DGSE.

Grossbritannien

Die beiden britischen ND, der MI-5 für die Gegenspionage und der MI-6 für die auswärtigen Nachrichten, sind von den grossen Skandalen, welche die westlichen ND betroffen haben, relativ verschont geblieben. Dies aus wahrscheinlich zwei Gründen: a) Der MI-5 kämpft gegen eine sehr konkrete Bedrohung: den Terrorismus, und b) die britischen Behörden bleiben äusserst diskret, was ihre ND anbelangt. Sogar der MI-6 existiert nicht offiziell.

Ausserdem versorgen seit den fünfziger Jahren die mit dem britischen ND verknüpften Skandale – insbesondere mit dem MI-5 – die Boulevardpresse und stossen auf eine relativ abgestumpfte öffentliche Meinung.

Anlässlich der Veröffentlichung des Buches «Spycatcher» ist es der Official Secrets Act, der die «Geheimhaltung» regelt, welcher erneut in Frage gestellt wurde, und nicht die ND. Daraus hat sich die Notwendigkeit einer grösseren Transparenz ergeben, welche sich besonders in der offenen und offiziellen Bekanntmachung der Erneuerung von Mrs. Stella Rimington, seit Februar 1992 an der Spitze des MI-5, geäussert hat.

Italien

Es sind dies politische Rivalitäten und die Absetzung des SISMI-Direk-

tors, Admiral Fluvio Martini, welche am Anfang der Enthüllungen über die Gladio-Netze durch Premierminister Giulio Andreotti gewesen sind. Tatsächlich war die Existenz dieser Netze bereits seit mehr als zwanzig Jahren bekannt. Dies durch die Presse und die Bewegungen der Linksextremisten, welche regelmässig über die Aktivitäten des militärischen ND, des SISMI, «informieren». Diese Enthüllungen haben aber nicht, wie in andern Ländern, die öffentliche Meinung erschüttert.

Japan

Als höhere wirtschaftliche Macht im Pazifik ist sich Japan seit einigen Jahren über seine immer wichtiger werdende Rolle für das Gleichgewicht dieser Region bewusst geworden. Seine intensive wirtschaftliche Tätigkeit erlaubt es ihm, ein Verteidigungsbudget zu haben, das sich in einem ständigen Wachstum von jährlich 6 Prozent befindet, ohne indessen die Limite von 1 Prozent des Bruttosozialproduktes, die ihm durch die Sieger des 2. Weltkrieges auferlegt worden ist, zu überschreiten.

In diesem Zusammenhang versucht Japan ein seiner regionalen Machtrolle angemessenes Nachrichtenpotential zu entwickeln. So hat also der Aussenminister beschlossen, ein International Information Bureau, welches etwa 100 bis 200 Analytiker der internationalen Probleme umfasst, zu gründen. Die militärische Aufklärung, der Nibetsu, wird sich mit einem neuen Operationszentrum in Tokio ausstatten, während der elektronische Aufklärungsdienst, der Chobetsu, bedeutend verstärkt wird.

Niederlande

Die niederländischen Nachrichtendienste sind ebenfalls Gegenstand von bedeutenden politischen Kontroversen und ihre Umstrukturierung von heftigen parlamentarischen Debatten gewesen. Insbesondere der Nachrichtendienst des Innern, der Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD), welcher in der Fichenkrise und in der Infiltration von verschiedenen politischen Bewegungen verwickelt war. Der auswärtige ND, der Inlichtingendienst Buitenland (IDB) hat sich in der Affäre der «stay-behind»-Netze impliziert vorgefunden und ist sogar aufgelöst worden.

Schweiz

Die Schweiz verfügt nur über einen Dienst, die Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA), gleichzeitig verantwortlich für die auswärtigen Nachrichten. Er wird für die Erfüllung seiner Aufgaben von der Bundespolizei, vom politischen Sekretariat des Departements für auswärtige Angelegenheiten und von Organen des Militärdepartementes unterstützt.

Weniger als die Bildung der beiden parlamentarischen Untersuchungskommissionen ist es die den Bürgern zugestandene Genehmigung, ihre Fichen einsehen zu können, welche das unentbehrliche Vertrauen zur Nachrichtenbeschaffung der Schweizer Nachrichtendienste dem Ausland gegenüber angekratzt hat.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die USA besitzen 13 Haupt-Nachrichtenorgane, welche in einer Organisation gruppiert sind: das Intelligence Community (IC). An der Spitze des IC befindet sich der Director of Central Intelligence (DCI) - der Direktor der CIA. Letzterer trägt zwei Verantwortungen: Chef des einen der Nachrichtenorgane des IC (die CIA) und Hauptberater des Präsidenten auf dem Gebiet der Nachrichten. Die CIA zieht also den Vorteil aus einem gewissen Übergewicht im IC, obwohl ihr Budget dafür nicht das grösste ist. Verantwortlich für die «clandestine collection» (Spionage) und für «special activites», spielt die CIA hingegen eine Schlüsselrolle im amerikanischen Nachrichtenapparat.

Seit dem Watergate-Skandal steht das IC unter strenger parlamentarischer Kontrolle. Die Irangate-Affäre jedoch hat einen Manövrierspielraum der ND zum Vorschein kommen lassen, welche aus der Sicht des Kongresses unannehmbar ist. Dies hat die Polemik um die Nomination des neuen DCI, Robert M. Gates, gefördert. Gates wurde im Mai 1991 durch Präsident Bush ernannt, jedoch erst im November 1991, nach heftigen Diskussionen, durch den Kongress bestätigt, was die am meisten angefochtene Ernennung eines DCI, seit Gründung der CIA im Jahre 1947, darstellt.

Trotz eines vorher noch nie derart umfassend aufgebauten Nachrichtenapparates waren die amerikanischen ND relativ schlecht koordiniert und nicht sehr wirksam im Golf. Sehr schnell, ab dem 21. März 1991, hat das Senate Select Committee on Intelli-

Wichtigste westliche Nachrichtendienste			
Land	Nachrichtenorganisation	1797 1 187	Unterstellung
USA	Central Intelligence Agency	(CIA)	Nationaler Sicherheitsrat
	National Security Agency Defense Intelligence Agency National Reconnaissance Office Army Intelligence and Security Command Air Force Intelligence Service Office of Naval Intelligence Marines Corps Intelligence	(NSA) (DIA) (NRO) (INSCOM) (AFIS) (ONI)	Verteidigungsministerium
	Bureau of Intelligence & Research	(INR)	Aussenministerium
	Federal Bureau of Investigation - Intelligence Division	(FBI)	Justizministerium
	Office of Intelligence Support		Finanzministerium
	Office of Intelligence		Drogenfahndungsbehörde
	Office of Intelligence		Energieministerium
Frankreich	Direction Générale de la Sécurité Extérieure Direction de la Protection et de la Sécurité de la Défense Direction du Renseignement Militaire	(DGSE) (DPSD) (DRM)	Verteidigungsministerium
	Direction de la Surveillance du Territoire Renseignements Généraux	(DST) (RG)	Innenministerium
Italien	Servizio di Informazioni e di Sicurezza Militare	(SISMI)	Verteidigungsministerium
	Servizio di Informazioni e di Sicurezza Democratica	(SISDE)	Innenministerium
Grossbritannien	Government Communications Headquarters	(GCHQ)	Premierminister
	Secret Intelligence Service	(MI6)	Aussenministerium
	Secret Service Scotland Yard – Special Branch	(MI5) (SB)	Innenministerium
BR Deutschland	Bundesnachrichtendienst	(BND)	Bundeskanzler
	Bundesamt für Verfassungsschutz	(BfV)	Bundestag
Schweiz	Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr	(UNA)	Militärdepartement
Niederlande	Inlichtingendienst Buitenland	(IDB)	Premierminister
	Binnenlandse Veiligheidsdienst	(BVD)	Innenministerium

gence vorgeschlagen, die ND zu verbessern und umzustrukturieren. Die wichtigsten vorgeschlagenen Massnahmen sind: eine zentrale Führung des IC durch einen Director of National Intelligence und eine Zentralisierung des Einsatzes (und Auswertung) der Luft- und Satellitenaufklärungsmittel.

Die Reihenfolge der strategischen Prioritäten der USA hat sich geändert: die Low Intensity Conflicts (LIC), der Kampf gegen Drogen und Verbreitung von Atomwaffen, erhielten erste Priorität. Diese neue Orientierung hat strukturelle Auswirkungen, wie die Gründung des Office of Intelligence des Department of Energy (gegen die Verbreitung von Atomwaffen), die Gründung des National Drug Intelligence Center (NDIC) (gegen den Drogenhandel) und die Verstärkung der Mittel des Federal Bureau of Inve-

stigation (FBI) gegen das organisierte Verbrechen.

Diese neue Ordnung ist auch bei der CIA wahrnehmbar, welche mehr Personal in den ethnischen Minderheiten anwirbt (Schwarze, Hispanos usw.), um die verbrecherischen Netze besser unterwandern zu können.

Diese neuen Prioritäten haben auch einen gewissen Pragmatismus bezüglich internationaler Zusammenarbeit vorgeschrieben. Seit September 1989 – vor dem Fall der Berliner Mauer – vermehren die CIA, das FBI und die DEA die Kontakte mit dem KGB. Der Besuch von CIA-Prominenz beim Präsidenten des KGB, Vladimir Kryutchkov (27. Juli bis 7. August 1991), dann Repräsentanten des KGB beim Direktor ad interim der CIA, Richard J. Kerr (26. Oktober 1991) zeugen von der Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten des

Kampfes gegen Drogen und Verbreitung von Atomwaffen.

Schlussfolgerungen

Wenn die Krise auch allgemein ist, ist ihre Intensität in jedem der betroffenen Länder doch sehr verschieden und stark beeinflusst durch die Art und Weise, wie die politische Macht das Problem in die Hand genommen hat (oder nicht). So ist Frankreich auf mustergültige Art durch die Krise geführt worden. Premierminister Michel Rocard hat, abseits der Reform, eine Institution aufrechterhalten können, welche durch Napoleon auf die Beine gestellt worden war, die Renseignements Généraux. Während die DGSE von breiter Kritik verschont geblieben ist.

In diesem Zusammenhang ist interessant zu vermerken, dass in Frankreich, wo die «stay-behind»-Netze antisubversive und folglich politische Funktionen hatten, diese Gegenstand geringerer Polemiken gewesen sind als Länder wie die BRD, die Niederlande oder die Schweiz, wo diese Netze eine rein militärische und defensive Funktion hatten.

Die allgemeine Instabilität und die Kriegsgefahren auf den Nebenschauplätzen haben heute im Westen die Stellung der ND als Mittel des «Krisenmanagements» verstärkt. Man wird ohne Zweifel, mehr als in der Vergangenheit, über gutausgestattete und wirksame Nachrichtenmittel verfügen müssen. Diese Feststellung äussert sich in allen westlichen Ländern nebst den vorgängig erwähnten (auch Kanada, Israel und Portugal) durch eine Budgetzunahme bei den ND.... mit Ausnahme der Schweiz.

In allen Ländern hält man es für unerlässlich, die Grundlage der Leistungsfähigkeit eines ND weiter zu entwickeln: das Vertrauen. Dies wird – unter anderem – durch eine sinnvoll angewandte Transparenz erlangt. So hat die CIA eine Openness Task Force aufgestellt, welche zur Aufgabe hat, die Überprüfung und Publikation von Dokumenten für die Öffentlichkeit zu fördern. Die ND können und sollen keine totale Transparenz anbieten.

Dennoch würden eine ehrliche – aber beschränkte – Information und vertrauenswürdige Funktionäre es erlauben, die Missverständnisse und die schädlichen Spekulationen zu vermeiden ...

Die Erfahrung zeigt, dass das Vertrauen und die durch die politische Macht an «ihren Augen und Ohren» gewährte Unterstützung bestimmend sind. Und vor allem muss die politische Macht verstehen, dass die ND integraler Bestandteil von ihrem «Krisenmanagement»-Potential sind, welche vor dem Einsatz von hochentwikkelten und zerstörenden Kampfmitteln eingesetzt werden ...



ASMZ

Monatliche Auflage: 33 806 Exemplare

WEMF / SRV-beglaubigt